

Das Recht der Verfassungsbeschwerde

Bearbeitet von
Prof. Dr. Rüdiger Zuck

5. Auflage 2017. Buch. Rund 400 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 70117 7
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht >
Verfassungsprozessrecht

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 15

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das Recht der Verfassungsbeschwerde

von

Prof. Dr. Rüdiger Zuck

5., vollständig überarbeitete Auflage
2017

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitierweise: Zuck Verfassungsbeschwerde Rn. ...



www.beck.de

ISBN 978 3 406 70117 7

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort 5. Auflage

Die 5. Auflage bringt das Buch auf den Stand März 2017. Es handelt sich nicht nur um das im Verhältnis zu 8/2013 erforderlich gewordene Update, etwa im Zusammenhang mit der Schutzpflichtrechtsprechung des BVerfG (Rn. 612 ff.) und zur verfassungsgerichtlichen Kontrolle von EU-Recht (Rn. 107.). Eine ganze Reihe von Abschnitten sind ausführlicher behandelt worden, so die Problemfelder des allgemeinen Subsidiaritätsgrundsatzes (Rn. 67a – 72), das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Rn. 391 ff.) und die Thematik der sekundären Anhörungsprüfung (Rn. 343). Zu erwähnen ist auch die Diskussion um die Schumann'sche Formel (Rn. 601aff.) und den neu aufgenommenen Abschnitt zur Ausschließung von Bundesverfassungsrichtern. Die Grundstruktur dieses Rechts der Verfassungsbeschwerde ist jedoch unverändert geblieben. Das gilt vor allem für die vergleichsweise ausführliche Befassung mit dem verfassungsprozessualen Schrifttum, dem auch in der 5. Auflage wieder viel Raum gewidmet worden ist. Dabei habe ich die Darstellung des Rechts der Verfassungsbeschwerde aus den ersten Jahrzehnten unverändert gelassen. Es ist mir wichtig gewesen, auf diese Art und Weise einen Beitrag zur weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Recht der Verfassungsbeschwerde zu leisten. Meine Darstellung der aktuellen Kammerrechtsprechung des BVerfG hat aber darunter nicht leiden sollen.

Stuttgart, in Juni 2017

Rüdiger Zuck



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort 5. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
1. Kapitel. Die Verfassungsbeschwerde im System des verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
A. Wesen und Bedeutung der Verfassungsbeschwerde	1
B. Die Geschichte der Verfassungsbeschwerde	48
C. Verfassungsbeschwerde und Landesverfassungsgerichtsbarkeit	61
D. Verfassungsbeschwerde und sonstige Rechtsbehelfe	81
E. Die Zukunft der Verfassungsbeschwerde	99
2. Kapitel. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Verfassungsbeschwerde	123
A. Vorbemerkung	123
B. Beschwerdegegenstand	128
C. Subjektive Antragsvoraussetzungen	224
D. Das allgemeine Rechtsschutzinteresse	258
E. Die Erschöpfung des Rechtswegs	268
F. Formerfordernisse	284
3. Kapitel. Das Verfahren	305
A. Einlegung der Verfassungsbeschwerde	305
B. Das Kammerverfahren (§§ 93a ff. BVerfGG)	310
C. Senatsverfahren	340
D. Vollstreckung	360
E. Vorzeitige Verfahrensbeendigung	363
4. Kapitel. Die einstweilige Anordnung	365
A. Vorbemerkung	365
B. Allgemeine Voraussetzungen	370
C. Zulässigkeitsvoraussetzungen im Einzelnen	372
D. Begründetheit der einstweiligen Anordnung	375
E. Verfahren	393
F. Entscheidung	394
G. Kosten, Gebühren und Auslagen	397
H. Schadensersatzansprüche	397
J. Allgemeine Hinweise für den Antragsteller	398
5. Kapitel. Kosten, Gebühren und Auslagen	401
A. Gerichtskosten	401
B. Auslagenerstattung	405
Sachregister	425

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel. Die Verfassungsbeschwerde im System des verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
A. Wesen und Bedeutung der Verfassungsbeschwerde	1
I. Rechtsgrundlagen	1
1. § 90 BVerfGG	1
2. Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a, b GG	1
II. Die Verfassungsbeschwerde als außerordentlicher Rechtsbehelf	3
1. Festlegung durch Richterrecht	3
2. Spezifischer Rechtsbehelf des Bürgers	5
3. Die Andersartigkeit des Rechtsbehelfs, „Verfassungsbeschwerde“	7
III. Die Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	9
1. Der Inhalt des Subsidiaritätssatzes	9
2. Die rechtliche Zuordnung der Subsidiarität der Verfassungsbe- schwerde	21
3. Folgerungen aus der Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	23
4. Problemfelder	25
IV. Die rechtlichen Funktionen der Verfassungsbeschwerde	28
1. Die Rechtsprechung des BVerfG	28
2. Woraus lassen sich die beiden Funktionen der Verfassungsbeschwerde herleiten?	30
3. Das Verhältnis der beiden Funktionen zueinander	34
4. Diskursfunktion	37
V. Die tatsächliche Bedeutung der Verfassungsbeschwerde	38
1. Die Zahl der Verfassungsbeschwerde	38
2. Die Zugriffsmöglichkeit des BVerfG	42
3. Die antizipatorische Wirkung der Verfassungsbeschwerde	44
4. Das BVerfG und seine Umwelt	44
VI. Die Kommunalverfassungsbeschwerde	45
1. Rechtsgrundlage	45
2. Einordnung in die verfahrensrechtliche Systematik	46
B. Die Geschichte der Verfassungsbeschwerde	48
I. Die Vorläufer der Verfassungsbeschwerde nach § 90 BVerfGG	48
1. Fehlen einer Verfassungsgerichtsbarkeit	48
2. Geschichte	48
II. Die Entstehungsgeschichte der Verfassungsbeschwerde	50
1. Der Verfassungskonvent in Herrenchiemsee	50
2. Der Hauptausschuss des Parlamentarischen Rats	52
3. BVerfGG	53
III. Die Novellen	55
1. Die Novelle 1956	55
2. Die Novelle 1963	57
3. Die Novelle 1970	58
4. Die Novelle 1985	59
5. Die Fünfte Novelle	59
6. Das ÄnderungsG 1998	59
7. Weitere Änderungsgesetze	60
8. Föderalismusreform – Begleitgesetz	60
9. Weitere Korrekturgesetze	60
10. ÜGRG	61

11. Wahl-Rechtsschutz/Wahlverfahren im Bundestag	61
12. Akteneinsicht	61
C. Verfassungsbeschwerde und Landesverfassungsgerichtsbarkeit	61
I. Darstellung der Landesrechte	61
1. Baden-Württemberg	62
2. Bayern	63
3. Berlin	66
4. Brandenburg	66
5. Bremen	67
6. Hamburg	67
7. Hessen	67
8. Mecklenburg-Vorpommern	69
9. Niedersachsen	69
10. Nordrhein-Westfalen	69
11. Rheinland-Pfalz	69
12. Saarland	69
13. Sachsen	70
14. Sachsen-Anhalt	70
15. Schleswig-Holstein	70
16. Thüringen	70
II. Problemfelder	71
1. Vorbemerkung	71
2. Das Verhältnis von Bundes- und Landesverfassungsbeschwerde	71
3. Prüfungsmaßstab	74
4. Die Entscheidungs- und Kassationskompetenz	76
5. Verfassungsgerichtsverbund	78
D. Verfassungsbeschwerde und sonstige Rechtsbehelfe	81
I. Vorbemerkung	81
II. Verfassungsbeschwerde und europarechtliche/unionsrechtliche Rechtsbehelfe	81
1. EGMR/EMRK	81
2. EuGH/GRCh	89
3. Grundrechtsordnungen	94
III. Verfassungsbeschwerde und Landesverfassungsbeschwerde	96
IV. Verfassungsbeschwerde und Popularklage	96
V. Verfassungsbeschwerde und Kommunalverfassungsbeschwerde	96
VI. Verfassungsbeschwerde und Petition	96
VII. Verfassungsbeschwerde und Wahlprüfungsbeschwerde	97
VIII. Nichtanerkennungsbeschwerde	98
IX. Verfassungsbeschwerde und Organstreitigkeiten	98
X. Verfassungsbeschwerde und Normenkontrollverfahren	99
E. Die Zukunft der Verfassungsbeschwerde	99
I. Reform des BVerfGG	99
II. Grundsätzlicher Wegfall der Urteilsverfassungsbeschwerde	101
1. Grundsatz und Ausnahme	101
2. Zuständigkeit des Verfassungsgesetzgebers	102
3. Freies Annahmeverfahren	102
III. Die Anhörungsrüge	103
1. Problematik	103
2. Gesetzgebung	104
3. Lösungsmöglichkeiten	106
IV. Änderung des BVerfGG	111
1. Vorbemerkung	111
2. Mehr Öffentlichkeit?	111
3. Anwaltszwang im Verfassungsbeschwerdeverfahren vor dem BVerfG	111
4. Fachanwalt für Verfassungsrecht	114
5. Die Verlängerung der Monatsfrist	115
6. Begründungspflicht für Entscheidungen	116
7. Novellierung des BVerfGG	118

2. Kapitel. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Verfassungsbeschwerde	123
A. Vorbemerkung	123
I. Lückenhaftigkeit	123
II. Uneinheitlichkeit	124
III. Bedingtheit der Darstellung	125
1. Eigenständigkeit des Verfassungsprozessrechts	125
2. Praxisbezug	128
B. Beschwerdegegenstand	128
I. Vorbemerkung	128
II. Die Grundrechtsrügen I (Begriff)	129
1. Vorbemerkung	129
2. Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte	130
3. Übersicht	136
III. Die Grundrechtsrügen II (Das Handeln der öffentlichen Gewalt)	186
1. Vorbemerkung	186
2. Verletzung	204
C. Subjektive Antragsvoraussetzungen	224
I. Vorbemerkung	224
II. Beschwerdefähigkeit	224
1. Allgemeines	224
2. Beschwerdefähigkeit	224
3. Kasuistik	226
III. Verfahrensfähigkeit	235
IV. Beschwerdebefugnis	237
1. Eigene und fremde Rechte	237
2. Geltendmachung	241
3. Die Betroffenheitstrias	244
D. Das allgemeine Rechtsschutzinteresse	258
I. Allgemeine Voraussetzungen	258
1. Begriff	258
2. BVerfG	259
II. Fallgruppen	260
1. Konkurrenz mit anderen Gerichtsverfahren	260
2. BVerfG	262
3. Das Schon-Betroffensein	262
4. Das Noch-Betroffensein	263
III. Fehlendes Rechtsschutzinteresse	268
E. Die Erschöpfung des Rechtswegs	268
I. Allgemeines	268
II. Der Begriff des Rechtswegs	269
1. BVerfGG	269
2. Anknüpfungspunkt Verfahrensordnung	269
III. Das Subjekt der Rechtswegerschöpfung	276
IV. Die Rechtswegerschöpfung	276
1. Voraussetzungen	276
2. Wahl des Rechtswegs	277
V. Der Zeitpunkt der Rechtswegerschöpfung	277
VI. Ausnahmen	277
1. Die fixierte Ausnahme	277
2. Die ungeschriebenen Ausnahmen	281
VII. Der Irrtum des Beschwerdeführers über den Rechtsweg	282
1. Irrtümliche Beschreitung des Rechtswegs	282
2. Irrtümliche Nichtbeschreitung des Rechtswegs	283
VIII. Rechtsweg und Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	283

F. Formerfordernisse	284
I. Antragsschriftsatz	284
1. Schriftform	284
2. Deutsche Sprache	285
II. Antragstellung	285
1. Antrag	285
2. § 92 BVerfGG	286
3. Zahl der Abschriften	287
4. Kein Antragsgegner	288
III. Grundrechtsrüge	288
1. Bezeichnungspflicht	288
2. Grundrechtsbezug	288
3. Prüfbefugnisse des BVerfG	288
IV. Begründung	289
1. Art und Umfang	289
2. Nachschieben von Gründen	290
V. Fristen	291
1. Allgemeines	291
2. Fristberechnung – Allgemeines	292
3. Folgen der Fristbindung	292
4. Rechtswegerschöpfung und Fristbeginn	292
5. Beginn der Monatsfrist – Allgemeines	293
6. Beginn der Monatsfrist – im Einzelnen	294
7. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	296
8. Fristbeginn bei Verfassungsbeschwerden gegen Rechtssetzungsakte	298
VI. Anwaltszwang	301
1. Vertretungsmöglichkeiten	301
2. Anwaltszwang	302
VII. Vollmachtteilung	302
1. Voraussetzungen	302
2. Nachweis	303
3. Die Vollmacht endet:	303
4. Der Umfang der Vollmacht	303
5. Mitteilungen/Zustellungen	303
3. Kapitel. Das Verfahren	305
A. Einlegung der Verfassungsbeschwerde	305
I. Zugang	305
II. Allgemeines Register (AR)	305
III. Verfassungsbeschwerderegister	306
1. Zuständigkeiten	306
2. Zweifelsfälle	308
3. Steuerungsmöglichkeiten	308
4. Geschäftsverteilung im Senat	308
5. Tätigkeit des Berichterstatters	308
B. Das Kammerverfahren (§§ 93a ff. BVerfGG)	310
I. Die Annahme zur Entscheidung	310
1. Gesetzestext	310
2. Kammern und Wissenschaftliche Mitarbeiter	311
II. Wesen des Annahmeverfahrens	313
1. Begrifflichkeit	313
2. Zugangsverfahren	313
3. Nachverfahren	313
III. Das Annahmeverfahren im Verfahrenssystem	313
1. AR-Aktenzeichen	313
2. Verfassungsbeschwerde-Aktenzeichen	314
3. §§ 93a ff. BVerfGG	314
IV. Voraussetzungen der Annahme zur Entscheidung	314
1. Zwingende Regelung	314

2. Verschiedene Entscheidungsvorgänge	315
3. Abschließender Katalog	315
4. Grundsatzannahme	315
5. Durchsetzungannahme	318
6. Begründungspflichten	322
7. Verhältnis von lit. a zu lit. b	322
V. Das Annahmeverfahren	323
1. Merkblatt	323
2. Berichterstatter	323
VI. Entscheidungsvoraussetzungen und Entscheidungsinhalte	329
1. Allgemeines	329
2. Entscheidungsinhalt	329
3. Beschluss nach § 93c BVerfGG	330
4. Annahmebeschluss	330
5. Entscheidungsformel	330
6. Begründung	330
VII. Entscheidungsvoraussetzungen	331
1. Formelle Rechtskraft	331
2. Materielle Rechtskraft	332
3. Bindungswirkung	332
4. Selbstbindung	332
VIII. Die stattgebende Entscheidung nach § 93c BVerfGG	333
1. Regelungsgehalt	333
2. Sachentscheidungskompetenz	333
3. Entscheidungsinhalte	334
4. Würdigung	334
IX. Verfassungsrechtliche Würdigung	336
1. Unentbehrlichkeit	336
2. Schwächen	337
3. Verkürzung der Verfassungsbeschwerde	337
4. Strukturwandel	339
C. Senatsverfahren	340
I. Annahmeverfahren	340
1. Grundsätze	340
2. Das Fehlen des Annahmegrundes	341
3. Senatsmehrheit	342
4. Verfahrensfragen	342
II. Entscheidungsverfahren	343
1. Zeitablauf	343
2. Zustellung	343
3. Beteiligung/Beitritt/Äußerungsberechtigung	343
4. Mündliche Verhandlung	344
5. Beweisaufnahme	345
6. Die Ausschließung und Ablehnung von Bundesverfassungsrichtern	346
7. Die Entscheidung	352
D. Vollstreckung	360
I. Rechtsgrundlage	360
II. Kein Antragserfordernis	360
III. Vollstreckung heißt Rechtsverwirklichung	361
IV. Verfahrensgestaltung	361
1. Allgemeines	361
2. Einschaltung Dritter	362
V. Beispiele	363
E. Vorzeitige Verfahrensbeendigung	363
I. Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache	363
II. Tod des Beschwerdeführers	364
III. Die Rücknahme der Verfassungsbeschwerde	364

4. Kapitel. Die einstweilige Anordnung	365
A. Vorbemerkung	365
I. Allgemeines	365
II. Grundprinzipien des einstweiligen Rechtsschutzes	366
1. Grundmodelle	366
2. Funktionen	366
3. Struktur	367
4. Akzessorietät	367
B. Allgemeine Voraussetzungen	370
I. § 32 BVerfGG	370
II. Streitfall	370
1. Begriff	370
2. Anhängiges Verfahren	370
3. Vorwegnahme der Hauptsache	371
C. Zulässigkeitsvoraussetzungen im Einzelnen	372
I. Antrag	372
1. Antragsberechtigung	372
2. Erlass von Amts wegen	373
II. Zuständigkeit	373
1. Zuständigkeit in der Hauptsache	373
2. Kammerzuständigkeit	373
3. Senatszuständigkeit	374
III. Beschwer/Rechtsschutzinteresse	374
1. Beschwer	374
2. Rechtsschutzinteresse	374
D. Begründetheit der einstweiligen Anordnung	375
I. Prüfungsmaßstäbe	375
1. Strenger Maßstab	375
2. Keine einstweilige Anordnung	376
3. Rückgriff auf die Hauptsache	377
4. Folgenabwägung	377
5. Gemeinwohlprämissen	379
6. Kenntnis der maßgeblichen Umstände	380
7. Insbesondere: Abwägung in Strafsachen	381
8. Auslieferungsfälle/Rückführungen (Beispiele)	384
9. Insbesondere: Abwägung in Zivilsachen	385
II. Insbesondere: Abwägung im öffentlichen Recht	387
1. Wahlwerbung	387
2. Kassenarztzulassung	388
3. Numerus clausus	388
4. Rundfunkrecht	389
5. Versammlungsrecht	389
6. Telekommunikation	390
7. Finanzkrise	391
8. Die NPD-Fälle	392
9. Notariatsrecht	392
10. Zensusgesetz	393
E. Verfahren	393
I. Kammerzuständigkeit	393
II. Senatszuständigkeit	393
III. Gelegenheit zur Stellungnahme	393
IV. PKH	394
F. Entscheidung	394
I. Urteil oder Beschluss	394
II. Begründungspflicht	394
III. Inhalt der einstweiligen Anordnung	394

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XV
IV. Materielle Rechtskraft	395
V. Bindung	395
VI. Dauer	396
VII. Formelle Rechtskraft	396
VIII. Widerspruch	396
G. Kosten, Gebühren und Auslagen	397
H. Schadensersatzansprüche	397
J. Allgemeine Hinweise für den Antragsteller	398
I. Vorprüfung	398
II. Entscheidung über die Antragstellung	398
III. Mögliche Alternativen	399
5. Kapitel. Kosten, Gebühren und Auslagen	401
A. Gerichtskosten	401
I. Allgemeines	401
1. Kostenfreiheit	401
2. Ordnungsgemäßes Verfahren	401
3. Selbstbehalt	401
II. Missbrauchsgebühr	401
1. Zweck	401
2. Begriff	402
3. Gebührenhöhe	403
4. Missbrauchsgebühr gegen Rechtsanwälte?	403
5. Einziehung	404
6. Rechtsschutzmöglichkeiten	405
B. Auslagenerstattung	405
I. Gesetzestext	405
II. Auslagenerstattung	405
III. Prozesskostenhilfe	406
IV. Obligatorische Auslagenerstattung bei erfolgreichen Verfassungsbeschwerden	407
1. Erstattungsgrundlagen	407
2. Gegenstand der Auslagenerstattung	408
3. Die Gebührenberechnung (§ 37 Abs. 2 RVG)	413
4. Erstattungsverfahren	421
V. Fakultative Auslagenerstattung	421
Sachregister	425

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG